



Resolution der Fridays for Future Bewegung Osnabrück verlesen und übergeben an den OB Wolfgang Griesert am 20.09.2019

Die erste detaillierte wissenschaftliche Veröffentlichung zur menschengemachten Veränderung des Klimas erschien 1908 von Svante Arrhenius. Seit Anfang der 1990er herrscht wissenschaftlicher Konsens darüber, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt. Und seit der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 gibt es eine globale politische Diskussion über die Notwendigkeit, das Klima zu schützen, die Artenvielfalt zu erhalten und menschliche Entwicklung nachhaltig zu gestalten. Und dennoch wurden auf der internationalen Ebene und **auch in Deutschland keine wirksamen Maßnahmen getroffen und umgesetzt, die den Anstieg der globalen Temperatur stoppen.**

Fakt ist: Die Zeit ist knapp, um die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur seit der vorindustriellen Zeit auf unter 1,5° C zu halten. Mittlerweile hat die Konzentration des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid über 400 ppm erreicht (1958 betrug dieser Wert noch etwa 315 ppm). Und weiterhin steigen die globalen Emissionen steil an. Auch in Deutschland gab es von 2009 bis 2017 insgesamt keine Verminderung der CO₂-Emissionen.

Wenn die Emissionen nicht reduziert werden, wird der Anteil von Kohlenstoffdioxid in der Erdatmosphäre bis zum Ende dieses Jahrhunderts zwischen 550 und 900 ppm liegen. Selbst bei einer Begrenzung auf 550 ppm und einer Zunahme der globalen Durchschnittstemperatur auf bis zu 1,5°C wird das extreme Konsequenzen haben:

Es wird zu Hitze- und Kälteextremen in vielen Regionen unseres Planeten kommen; Starkniederschläge werden in einigen Regionen häufiger und intensiver sein; es wird zu einem Nettorückgang des Ertrags bei Mais, Reis und Weizen kommen und einem generellen Rückgang der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln; der Meeresspiegel wird über das Jahr 2100 hinaus weiter ansteigen, was eine Zerstörung von Lebensräumen für Menschen, Tiere und Pflanzen weltweit zur Folge haben wird; menschliche und ökologische Systeme in Küstengebieten werden dadurch stark geschädigt werden; die Ozeane werden weiter versauern - mit drastischen Auswirkungen für die marinen Arten und das aquatische Gleichgewicht; und Korallenriffe, die sogenannten „Kinderstuben“ zahlreicher Arten, werden um 70-90 Prozent zurückgehen; die Bevölkerung in manchen Regionen wird einem zunehmenden Wasserstress ausgesetzt sein; Armut und Benachteiligung werden in manchen Bevölkerungsgruppen zunehmen; und hitzebedingte Erkrankungen und das Risiko von Krankheiten wie Malaria und Denguefieber werden ebenfalls zunehmen.¹

Das 1,5°C-Ziel muss auch deshalb unbedingt eingehalten werden, da sonst die Gefahr droht, dass Permafrostböden weiter auftauen und damit große Mengen an Methan freisetzen würden; dieser Prozess würde den Treibhausgaseneffekt weiter intensivieren und die Temperatur überproportional ansteigen lassen.

Mit den Vorschlägen, die weltweit derzeit auf dem Tisch liegen, wird die Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts wahrscheinlich über 3°C liegen und anschließend aufgrund anhaltender Emissionen und Rückkopplungseffekte weiter zunehmen.

Der deutschen Klimapolitik fehlt die Ernsthaftigkeit. Bis 2020 sollte der CO₂-Ausstoß um 40 Prozent reduziert werden. Erreicht werden nur 32 Prozent.

Das Jahr 2038 als Ausstiegsjahr aus der Energiegewinnung durch Kohle ist schlichtweg inakzeptabel. Diese Fehlentscheidung der Kohlekommission muss revidiert werden. Der Ausstieg muss bis 2030 passieren, um die Einhaltung der Klimaziele zu gewährleisten.

¹ IPCC 2018: Summary for Policymakers. In: Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above preindustrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Masson-Delmotte, V. et al. (eds.). World Meteorological Organization, Geneva, Switzerland, 32 pp. Deutsche Übersetzung: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2019/03/SR1.5-SPM_de_barrierefrei-2.pdf

Bei einem Verfehlen der Ziele des Pariser Klimaabkommens ist die Zukunft der heutigen jungen Generation und die der kommenden Generationen in Gefahr.

Die bundesweiten Forderungen von FFF, die auch maßgeblich für Osnabrück sind, lauten:

- Nettonull-Kohlenstoffdioxid-Äquivalente bis 2035 erreichen
- ein hundertprozentiger Kohleausstieg bis 2030
- eine hundertprozentig erneuerbare Energieversorgung bis 2035
- das Ende der Subventionen fossiler Energieträger bis Ende 2019
- das Abschalten von 25 Prozent der Kohlekraftwerke bis Ende 2019
- eine CO₂-Steuer auf jegliche Emissionen nach dem Schweizer Modell. Das UBA schlägt einen sofortigen Einstieg mit einem mittleren zweistelligen Euro-Betrag je Tonne CO₂ und einer anschließenden kontinuierlichen Steigerung vor.

Für Osnabrück gilt:

Der einstimmig vom Rat beschlossene „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ erklärt als Ziel eine Reduzierung der CO₂-Emissionen in der Stadt Osnabrück um 95 Prozent bis 2050 und eine Steigerung der Energieeffizienz um 50 Prozent.

Zwischen 1990 und 2014 sind die CO₂-Emissionen der Stadt Osnabrück nur um 27 Prozent gesunken. **Wenn die Reduzierung der Emissionen in Osnabrück so dürftig bleibt wie bisher, wird dieses Ziel komplett verfehlt.**

Wir brauchen in Osnabrück drastische Veränderungen in den Sektoren Mobilität, Energie, Gebäude sowie Ernährung und Abfallwirtschaft, um unsere Treibhausgasemissionen soweit zu senken, dass wir als Stadt die Pariser Klimaziele erreichen.

Dies bedeutet im Einzelnen:

Mobilität: Der Anteil der CO₂-Emissionen aus dem Verkehrssektor beträgt fast ein Drittel (28 Prozent) der Gesamtemissionen der Stadt.

- Zufußgehen, Radfahren und der öffentliche Nahverkehr müssen gestärkt; der motorisierte Individualverkehr reduziert und klimafreundliche KFZ genutzt werden, wie bspw. Elektro-Autos.
- Beschleunigung des Busverkehrs: Ampelschaltungen müssen zu Gunsten der Busse verändert und in den Bereichen mit Staus extra Busspuren geschaffen werden. Damit muss sofort begonnen werden.
- Verbindungen in das Umland stärken: In die Stadt Osnabrück pendeln pro Tag etwa 58.000 Menschen, 26.000 sind Pendler*innen ins Umland, und dies allein zu Arbeitszwecken; die Einkaufs- und Freizeitpendler*innen kommen noch hinzu. Deswegen muss das Busnetz in der Masterplanregion als Einheit gedacht und engmaschig ausgebaut werden.
- Vergünstigung der ÖPNV-Nutzung: Busfahrkarten müssen für alle Schüler*innen, inklusive der Berufsschüler*innen, im Stadtgebiet kostenlos werden. Die Busfahrkarten müssen darüber hinaus auch abends, am Wochenende und während der Schulferien gültig sein.
- die Einführung eines kostenlosen Nahverkehrs zusammen mit einer Nahverkehrsabgabe oder zumindest die Etablierung eines sogenannten Bürgertickets (365 €/Jahr) müssen ernsthaft geprüft und seine Umsetzung angestrebt werden.
- Die Mitnahme von Fahrrädern in Bussen muss erheblich erleichtert werden.
- Ein Bus-Schiene-Tarif ist dringend erforderlich, um die Nutzung aller Verkehrsmittel mit einem Fahrschein zu ermöglichen und damit deutlich zu vereinfachen.
- Radverkehr: Im Haushalt 2020 sollten die Investitionen in den innerstädtischen Radverkehr auf 20,- EURO pro Kopf erhöht werden. Das bedeutet einen Posten von etwa 3,2 Millionen EURO. Wir benötigen einen Ausbau des städtischen Radwegenetzes und eine Optimierung der Ampelschaltung für Radfahrende. Um auch den Radverkehr aus dem Umland zu stärken, sollen grenzüberschreitende Radschnellwege sternförmig ausgebaut werden.
- Parken: Die Ticketpreise für Parkplätze müssen um 50 Prozent erhöht werden. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen kann der Nahverkehr ausgebaut werden.

Energie: Die Stadtwerke Osnabrück bieten noch knapp die Hälfte ihres Stroms aus fossilen Quellen an und sind außerdem mit über 5 Prozent am Steinkohlekraftwerk Lünen beteiligt.

- Mit Beschluss vom 28.05.2019 hat der Stadtrat die Stadtwerke aufgefordert, eine Strategie zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern vorzulegen. Die Stadtwerke sollen zudem einen Plan erarbeiten, wie in Zukunft der Ausbau der erneuerbaren Energien gestärkt und die Infrastruktur für eine klimaneutrale Wärmeversorgung vorangetrieben werden kann.
- Bis 2035 muss das Stromangebot CO₂-neutral sein.
- Die Beteiligung am Kohlekraftwerk Lünen muss beendet werden. Die Mittel werden auf den Bau von Solar- und Windkraftanlagen umgeschichtet.
- Mindestens 25 Prozent aller Haushalte sollen im Jahr 2023 zertifizierten Ökostrom beziehen. Dafür muss ab sofort eine entsprechende Vermarktungsstrategie erarbeitet werden.
- Für eine klimaneutrale Wärmeversorgung sollte die Kraft-Wärme-Kopplung und Geothermie einen besonderen Stellenwert bekommen, so dass die Wärmeversorgung bis ins Jahr 2025 zu mindestens 30 Prozent aus regenerativen Energien gespeist wird.

Gebäude: Als Neubaustandard muss der KfW-40-Standard als Mindeststandard etabliert werden. Die jährliche Sanierungsrate im Altbestand liegt bei nur etwa 1 Prozent. Das reicht nicht, um die Energieeffizienzsteigerung von 50 Prozent, die im Masterplan vereinbart ist, zu erreichen.

- Die Sanierungsrate in der Stadt muss auf mindestens 3 Prozent steigen. Eine Sanierungsrate von 5 Prozent wäre noch besser.
- Es muss ein Plan erstellt werden, wie die Schulen und andere öffentliche Gebäude schnellstmöglich mit erneuerbaren Energien versorgt werden können. Öffentliche Gebäude sind große Abnehmer von Wärme und bieten so die Möglichkeit, für sich selbst und umliegende Wohnungen einen Wärmespeicher zu errichten oder einen Anschluss an ein Nahwärmenetz zu nutzen.
- Schulen und öffentliche Gebäude müssen mit Photovoltaik und Solarthermie ausgerüstet werden.
- Die ökologische Bauleitplanung muss ab sofort konsequent umgesetzt werden. Gerade bei Neubauten muss mindestens der KfW-40-Standard eingesetzt werden. Es darf nicht sein, dass in einem Neubaugebiet wie dem Landwehrviertel nur ein Standard von KfW 55 festgeschrieben wird, so dass dort eine fossile Nachheizung notwendig sein wird. Für alle öffentlichen Gebäude müssen der Passivhausstandard bzw. Null- oder Plusenergiegebäude umgesetzt werden.

Fridays For Future appelliert an Bund, Land und Kommunen, Klimaschutz-Investitionen besser und umfangreicher zu fördern. In den Kommunen vollziehen sich Energiewende und Klimaschutz besonders intensiv. Dazu brauchen die Kommunen mehr Mittel.

Fridays For Future Osnabrück ist sich darüber im Klaren: Diese Forderungen sind ambitioniert, ihre Umsetzung jedoch dringend notwendig. Das globale CO₂-Emissionsbudget für das 1,5°C-Ziel ist nach wissenschaftlichen Quellen in etwa 10 Jahren aufgebraucht. **Wir müssen JETZT beginnen zu handeln!** Je länger wir mit den notwendigen Maßnahmen warten, desto weniger Zeit haben wir zu einem späteren Zeitpunkt, die notwendige CO₂-Reduktion zu erreichen. Und desto schlimmer und desto teurer werden die Konsequenzen des Klimawandels für uns alle sein.

Die *Scientists for Future Osnabrück* und die *Parents for Future Osnabrück* unterstützen die Forderungen der *Fridays for Future Osnabrück*.

